



## Festsetzungen

### Gemäß § 9 BauGB i.V.m. der BauNVO

- WA Allgemeine Wohngebiete
- 0,4 Grundflächenzahl (GRZ)
- 0,8 Geschossflächenzahl (GFZ)
- II Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
- II Zahl der Vollgeschosse zwingend
- Baugrenze
- Flächen für den Gemeinbedarf
- Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- V = Verwaltung
- K = Kindertagesstätte
- Straßenverkehrsflächen
- Straßenbegrenzungslinie
- Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- V Verkehrsberuhigter Bereich
- Einfahrtsbereich
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
- Flächen für Versorgungsanlagen
- Elektrizität
- Erhaltung von Bäumen
- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen
- St Zweckbestimmung: Stellplätze
- Ga Zweckbestimmung: Garagen
- Na Zweckbestimmung: Nebenanlagen
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

### Gemäß § 9 BauGB i.V.m. § 89 BauO NRW

DN 30°- 45° Dachneigungsspanne

- vorhandene Flurstücksgrenze
- geplante Flurstücksgrenze
- vorhandene Gebäude
- 71,48 Höhe über Normalhöhe Null (HNH)
- 277 Flurstücksnummer

## Hinweise

- Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Beschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Kreisstadt Steinfurt und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Archäologie für Westfalen - Außenstelle Münster - unverzüglich anzuzeigen (§§ 16 + 17 Denkmalschutzgesetz NRW). Erste Erdbewegungen sind rechtzeitig (ca. 14 Tage vor Beginn) der LWL-Archäologie für Westfalen, An den Speichern 7, 48157 Münster und dem LWL-Museum für Naturkunde, Reckelat Paläontologie, Sentruper Straße 285, 48161 Münster, schriftlich mitzuteilen. Der LWL-Archäologie für Westfalen oder ihren Beauftragten ist das Betreten der betroffenen Grundstücke zu gestatten, um gegebenenfalls archäologische und / oder paläontologische Untersuchungen durchführen zu können (§ 26 DSchG NRW). Die dafür benötigten Flächen sind für die Dauer der Untersuchungen frei zu halten.
- Bei der Bebauung der Grundstücke sowie der energetischen Konzeptionierung der Gebäude sollten nachstehende Hinweise beachtet werden, um eine umweltverträgliche Entwicklung im Plangebiet zu erreichen. Die Ausführung von Gründächern bei Flachdächern wird im gesamten Geltungsbereich begrüßt. Die Gebäude sollten mit ihren Fensteröffnungen so weit wie technisch und rechtlich möglich nach Süden bzw. Südwesten orientiert werden, um durch passive Solarenergienutzung eine Energieeinsparung zu erreichen. Ressourcenschonende sowie umweltverträgliche Formen der Wärmeversorgung (z. B. Solarenergie, Erdwärmenutzung, Pellets-Heizanlagen, Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnungsmöglichkeit) sollten möglichst Berücksichtigung finden.
- Gemäß § 44 Landeswassergesetz (LWG) ist Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 01. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, vor Ort zu versickern, zu versickern oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten. Hierzu gehören auch vorhandene Regen- bzw. Mischwasserkanäle. Die dafür erforderlichen Anlagen müssen den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik entsprechen. In allen angrenzenden Verkehrsflächen sind Mischwasserkanäle vorhanden bzw. neu zu verlegen.
- Das auf den Dachflächen anfallende Regenwasser kann über ein getrenntes Leitungssystem in auf den Grundstücken zu errichtenden ober- bzw. unterirdischen Becken (Zisternen) oder in Regenrückhaltebecken / Löschwasserspeichern auf den Grundstücken geleitet werden. Das Fassungsvermögen sollte mindestens 50 l / m² bedachte Grundfläche betragen. Die Anlagen sind durch einen Überlauf an die vorhandene Mischwasserentwässerung anzuschließen. Die Entnahme von Brauchwasser ist zulässig. Sollte ein Zusammenschluss von Trinkwasser- und Brauchwasserleitungen nicht erfolgt (§ 17 Trinkwasser VO und DIN 1988). Die beiden Leitungssysteme sind - soweit nicht ertüchtigt - farblich unterschiedlich zu kennzeichnen.
- Die Durchführung aller bodeneingreifenden Baumaßnahmen sollte mit der gebotenen Vorsicht erfolgen, da ein Kampfmittelvorkommen nicht völlig ausgeschlossen werden kann. Sofern ein Verdacht auf Kampfmittel aufkommt, ist die Arbeit sofort einzustellen und die allgemeine Ordnungsbehörde der Kreisstadt Steinfurt sowie der staatliche Kampfmittelräumdienst Westfalen - Lippe (KBD WL) (Einsatzleitung bei der Bezirksregierung Arnsberg in Hagen innerhalb der Dienststunden, Telefon 0231 6927-3880 bis -3885 oder außerhalb der Dienststunden der Führungs- und Lagedienst in Arnsberg, Telefon 02931 / 82-2281) zu verständigen.
- Eine Baufeldfreimachung ist zum Schutz von bodenbrütenden Vögeln gem. § 44 (1) BNatSchG nur von Anfang September bis Mitte März zulässig.
- Zum Schutz der Vögel und Fledermäuse nach § 44 (1) BNatSchG sind Gehölzfällungen nur in der Zeit zwischen dem 01.10. und 28. / 29.02. zulässig.
- Nach der Empfehlung des Gutachters soll mit den Bauarbeiten Anfang März, jedoch auch nicht später, begonnen werden. Zu diesem Zeitpunkt ist die Winterruhe der Fledermäuse abgeschlossen und das Brutgeschäft der Singvögel hat noch nicht begonnen. Sollte dieses nicht möglich sein, so muss der Beginn der Bauarbeiten ab Mitte / Ende August nach der Vogelbrutzeit erfolgen. Ist auch der Termin nicht einzuhalten, so muss eine ökologische Baubegleitung installiert werden, um nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde ggf. ein tatsächliches Vorkommen von Fledermäusen und Vögeln näher zu untersuchen.
- Die der Planung zugrundeliegenden Vorschriften (Gesetze, Verordnungen, Erlasse und DIN-Vorschriften) können im Rathaus der Kreisstadt Steinfurt, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, beim Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung während der Dienstzeiten eingesehen werden.
- Anlage und Bestandteil des Bebauungsplanes und der Begründung ist:
  - Arten- und Naturschutzrechtliche Prüfung, Stufe I, erstellt durch das Büro Arbeitsgruppe Raum + Umwelt (aru), Münster, vom 19.09.2022

## Textliche Festsetzungen

### Art der baulichen Nutzung

- Im festgesetzten Allgemeinen Wohngebiet (WA<sup>1</sup>) sind gem. § 4 BauNVO i.V.m. § 1 (5), (6) u. (9) BauNVO
  - ausschließlich Wohngebäude gemäß § 4 (2) Nr. 1 BauNVO zulässig
  - die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe gemäß § 4 (2) Nr. 2 BauNVO und Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke gemäß § 4 (2) Nr. 3 BauNVO, Betriebe des Beherbergungsgewerbes gem. § 4 (3) Nr. 1 BauNVO, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe gem. § 4 (3) Nr. 2 BauNVO, Anlagen für Verwaltungen gem. § 4 (3) Nr. 3 BauNVO, Gartenbaubetriebe gem. § 4 (3) Nr. 4 BauNVO und Tankstellen gem. § 4 (3) Nr. 5 BauNVO sind unzulässig.Im festgesetzten Allgemeinen Wohngebiet (WA<sup>2</sup>) sind ausschließlich Wohngebäude gemäß § 4 (2) Nr. 1 oder Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, und gesundheitliche Zwecke gemäß § 4 (2) Nr. 3 BauNVO zulässig.
- Im gesamten Plangebiet sind gemäß § 1 (5) i.V.m. (9) BauNVO Sex-Shops und Vorführräume, deren Zweck auf Darstellungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist, sowie Bordelle und bordellähnliche Betriebe ausgeschlossen.

### Höhe baulicher Anlagen

- Die Sockelhöhe (Oberkante des Fertigfußbodens des Erdgeschosses) darf gem. § 18 BauNVO höchstens 0,30 m über dem unteren Bezugspunkt für die Höhe der baulichen Anlagen liegen. Der untere Bezugspunkt im Allgemeinen Wohngebiet (WA<sup>1</sup>) ist die Oberkante des Erschließungsweges mittig vor dem geplanten Baugrundstück. Dieser liegt bei 72,29 m ü. NHN gemessen an der östlichen Grundstücksgrenze des Flurstückes 140. Der untere Bezugspunkt im Allgemeinen Wohngebiet (WA<sup>2</sup>) ist die Oberkante des Fußweges entlang des Marienweges, mittig an der östlichen Grundstücksgrenze gemessen. Dieser liegt bei 70,90 m ü. NHN gemessen auf der Pflasterung des Fußweges. Der untere Bezugspunkt auf der Fläche für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - Verwaltung -, ist die Oberkante des Gehweges entlang des Marienweges vor dem geplanten Haupteingang. Dieser liegt bei 71,57 m ü. NHN gemessen an der Grundstücksgrenze auf der Pflasterung des Fußweges.
- Die zulässige Traufhöhe bemisst sich von der Höhe Oberkante des Rohfußbodens des Erdgeschosses bis zur Oberkante des Sparrens des Dachgeschosses, gemessen an der Außenkante des aufstehenden Mauerwerks.
  - In den WA<sup>1</sup>- und WA<sup>2</sup>-Gebieten wird die Traufhöhe auf 5,80 m bis 6,50 m begrenzt.
  - Auf der Fläche für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - Verwaltung -, und der festgesetzten zwingenden Zweigeschossigkeit wird die Traufhöhe auf 7,30 m bis 7,80 m begrenzt. Die Attikahöhe der geplanten Verbindungsbaupörper wird ebenfalls auf 7,30 m bis 7,80 m begrenzt.
  - Auf der Fläche für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - Kindertagesstätte -, wird die Attikahöhe auf 6,00 m bis 6,50 m begrenzt.
- Die Firsthöhe von Gebäuden (Höhe zwischen Oberkante Rohfußboden des Erdgeschosses und der Oberkante des Dachsparrens) darf gem. § 18 BauNVO im festgesetzten WA<sup>1</sup>-Gebiet 10,00 m nicht überschreiten. Die zuvor definierte Firsthöhe darf im den festgesetzten WA<sup>2</sup>-Gebiet 12,00 m nicht überschreiten. Die zuvor definierte Firsthöhe darf auf der Fläche für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - Verwaltung -, und der festgesetzten zwingenden Zweigeschossigkeit 11,70 m nicht überschreiten.

### Anzahl der Wohn- / Nutzungseinheiten

- Aus besonderen städtebaulichen Gründen wird die höchstzulässige Zahl der Wohneinheiten im WA<sup>1</sup>-Gebiet auf maximal 1 Einheit im Falle der Errichtung von zwei kleineren freistehenden Einzelgebäuden und auf maximal 2 Einheiten im Falle der Errichtung nur eines freistehenden Einzelhauses auf dem gesamten Flurstück 140 begrenzt. Die höchstzulässige Zahl der Nutzungseinheiten im WA<sup>2</sup>-Gebiet wird auf maximal 8 Einheiten pro Gebäude begrenzt.

### Dachform und -neigung

- Im Bereich des WA<sup>1</sup>-Gebietes sind gem. § 89 BauO NRW Sattel- oder Zelt-dächer mit Dachneigungen von 25° - 30° zulässig. Im Bereich des WA<sup>2</sup>-Gebietes, sind ausschließlich Satteldächer mit Dachneigungen von 30° - 45° in Kombination mit Flachdächern für verbindende Gebäudeteile zulässig. Im Bereich der Fläche für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - Verwaltung -, sind ausschließlich Satteldächer mit Dachneigungen von 25° - 35° in Kombination mit Flachdächern für verbindende Gebäudeteile zulässig. Die Oberkante der Attika ist grundsätzlich waagrecht auszuführen. Im Bereich der Fläche für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen - Kindertagesstätte -, sind ausschließlich Flachdächer mit Dachneigungen von 0° - 5° hinter einer umlaufenden waagerechten Attika zulässig.

- Abweichend von den im Plangebiet festgesetzten Dachneigungen sind untergeordnete Baulinien, Garagen, überdachte Stellplätze und zulässige Nebenanlagen mit geringerer Dachneigung oder mit Flachdachern zulässig.

- Dachausbauten (Gauben), Quergiebel und Dacheinschnitte (Loggien) sind nur im Bereich des WA<sup>2</sup>-Gebietes zulässig. Der Abstand der Gauben, Quergiebel und Dacheinschnitte zum Giebelmauerwerk muss mind. 1,50 m betragen. Die Gesamtlänge der Gauben, Quergiebel und Dacheinschnitte darf 50 % der jeweiligen Gebäudelänge, gemessen an der Traufseite, nicht überschreiten. Dachgauben, Quergiebel und Dacheinschnitte in der zweiten Dachebene sind unzulässig.

### Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen

- Garagen und überdachte Stellplätze gemäß § 12 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und auf den in der Planzeichnung gesondert dargestellten Flächen zulässig. Vor Garagen und überdachten Stellplätzen ist ein Stauraum von mindestens 5,00 m Länge bis zur Straßenbegrenzungslinie einzuhalten.
- Pro Grundstück ist jeweils eine Nebenanlage gemäß § 14 BauNVO auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche, jedoch grundsätzlich in einem Abstand von mindestens 3,00 m zur Straßenbegrenzungslinie, in einer Größe bis max. 10,00 m² und unter Berücksichtigung der bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen zulässig. Die jeweilige Nebenanlage ist in Holzbauweise / Holzoptik oder in den Materialien des Hauptbaupkörpers mit einer maximalen Firsthöhe von 3,00 m zu errichten.

### Einfriedung und Begrünung

- Vorgärten dürfen nur soweit befestigt werden, als dies für die Zuwegung zum Hauseingang und die Zufahrt zu den Garagen / überdachten Stellplätzen erforderlich ist. Eine Senkrechtenordnung aller erforderlichen Stellplätze nebeneinander auf einem Grundstück mit einer entsprechend breiten Zufahrt ist unzulässig.
- Gesonderte Stellplätze sind wasserdurchlässig, z.B. mit Rasengittersteinen, zu befestigen und parallel zur Verkehrsfläche anzuordnen. Zwischen dem Stellplatz / den Stellplätzen und der Verkehrsfläche ist ein mind. 0,75 m breiter Pflanzstreifen für Bäume, Hecken etc. anzulegen (bauliche Trennung). Der Flächenanteil für Zuwegungen, Zufahrten und Stellplätze darf nicht mehr als 70 % der Vorgartenfläche betragen.
- Sofern in den Vorgartenflächen oder in den seitlichen Abstandsflächen der Gebäude Abstellplätze für bewegliche Abfallbehälter angelegt werden, sind diese mit Hecken aus standortgerechten einheimischen Laubgehölzen so einzugrünen, dass die Behälter von der öffentlichen Verkehrsfläche nicht eingesehen werden können.
- Vorgärten dürfen gemäß § 89 BauO NRW zur öffentlichen Verkehrsfläche hin nur mit einem Rasenkantenstein bzw. Hecken aus standortheimischen Laubgehölzen oder sichtoffenen Zäunen - max. 0,80 m Höhe über Straßenachse - eingefriedet werden. Mauern, feste Zäune bzw. Gabionen sind nur in einer Höhe von max. 0,50 m Höhe zulässig. Als Vorgarten gilt die Fläche zwischen Straßenbegrenzungslinie und vorderer Baugrenze an der Eingangsseite des Gebäudes.
- Bei Eckgrundstücken bzw. Grundstücken, deren Gärten einer öffentlichen Verkehrsfläche zugeordnet sind, sind gemäß § 89 BauO NRW entlang der Straßenbegrenzungslinie Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,80 m in Form von Hecken aus standortgerechten, einheimischen Laubgehölzen zulässig. In Kombination mit den genannten Heckenanpflanzungen sind auch Maschen- draht- oder Stabgitterzäune mit einer Höhe von max. 1,80 m ausnahmsweise zulässig.
- Auf den nach § 9 (1) BauO NW zu begründenden nicht überbaubaren Grundstücksflächen ist je angefangene 250 m² Grundstücksfläche mindestens ein heimischer, standortgerechter Laubbaum mittlerer Größe (ca. 3,00 m, auch Obstbäume) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Vorgärten und die Gartenanlagen sind naturnah zu gestalten und mit einheimischen Stauden / Sträuchern / Bäumen zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten. Abgängige Pflanzen sind möglichst umgehend gleichwertig zu ersetzen. Die Anlage von sogenannten Steingärten (großflächige Verwendung von Kies, Schotter, Steinen etc.) ist unzulässig.
- Fensterlose Fassadenflächen sind mit standortgerechten Rankgewächsen zu begrünen.

### Sonstige Festsetzungen

- Die festgesetzten Baugrenzen im WA<sup>2</sup>-Gebiet dürfen durch Balkone um maximal 1,00 m überschritten werden.

### Anlagen zur Nutzung von Solarenergie

- Anlagen zur Nutzung von Solarenergie sind auf geeigneten Dächern nur parallel zur Dachfläche montiert zulässig. Auf Flachdächern sind Solarenergieanlagen auch aufgeständert zulässig. Gleiches gilt für Photovoltaikanlagen.

## Ermächtigungsgrundlagen

§§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. 1994 S. 666); in der zuletzt geänderten Fassung.

§§ 1 - 4c, 8 - 10 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634); in der zuletzt geänderten Fassung.

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786); in der zuletzt geänderten Fassung.

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58); in der zuletzt geänderten Fassung.

§ 89 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) vom 21.07.2018 (GV. NRW. 2018 S. 421); in der zuletzt geänderten Fassung.

§ 44 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NW. 1995 S. 926); in der zuletzt geänderten Fassung.

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG NRW) vom 21.07.2000 (GV. NRW. 2000 S. 568); in der zuletzt geänderten Fassung.

## Änderungsverfahren

Dieser Plan ist gemäß § 13a (1) BauGB aufgrund des Ratsbeschlusses vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan hat laut Ratsbeschluss vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.

Dieser Plan liegt gemäß § 10 (3) BauGB mit zugehöriger Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom 24.06.2021 geändert worden.